

Pressemitteilung

05.10.2017

Wohnungsbedarfsanalyse

SPD macht Druck für öffentlich geförderten Wohnraum und Wohnraum für junge Familien

Die durch den Rhein-Kreis Neuss in Auftrag gegebene Wohnungsbedarfsanalyse hat ergeben, dass in Korschenbroich ca. 260 öffentlich geförderte Wohnungen fehlen und der Bedarf an Einfamilienhäuser mit den bereits in Planung befindlichen Baugebieten in Korschenbroich und Kleinenbroich gedeckt werden kann. In Glehn stehen zudem noch Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung, die genutzt werden könnten.

Kreisweit fehlen bis zum Jahr 2030 bis zu 21.000 Wohnungen, darunter ca. 5000 öffentlich geförderte Wohnungen.

Die SPD hat seit langem die Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gefordert, um Wohnraum insbesondere für junge Familien, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen und von Altersarmut betroffener Menschen zu schaffen. Dazu zählen altengerechte Wohnungen, aber auch Wohnungen für Menschen, die vor Krieg und Gewalt zu uns geflüchtet sind.

SPD Stadtverband Korschenbroich,
Udo Bartsch, Maternusstr.51, 41352 Korschenbroich

Im Rhein-Kreis Neuss hat die SPD bereits im letzten Jahr ein „Bündnis für Wohnen“ vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird durch die vorliegende Wohnungsmarktanalyse des Instituts InWIS nun ebenfalls empfohlen.

Als ersten Schritt müssen alle Akteure der Wohnungsmärkte ihre Möglichkeiten und Kapazitäten prüfen, um den Bedarf an bezahlbaren und öffentlich geförderten Wohnraum zu decken. Dem Bündnis sollten Vertreter der relevanten städtischen Fachstellen und die Akteure der Wohnungsmärkte, wie die örtliche Wohnungswirtschaft, Bauträger, Finanzierungsinstitute und auch der Sozialverbände angehören.

Um weitere konkrete Angaben über die Situation in Korschenbroich zu erhalten, hat die SPD-Ratsfraktion Korschenbroich für die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 17.10.2017 in Korschenbroich einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt:

1. Wie hoch ist der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen und Einfamilienhäusern in Korschenbroich zum 30.06.2017 und wie hat sich dieser Bestand in den letzten fünf Jahren entwickelt ?
2. Wie viele wohnungssuchende Haushalte mit Wohnberechtigungsschein sind in Korschenbroich zum 30.06.2017 registriert und wie viele unterschreiten die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus um 20 % ?
3. Wie viele Baugenehmigungen für öffentlich geförderte Wohnungen oder Einfamilienhäuser sind in den Jahren 2012 bis zum 30.06.2017 erteilt worden und für wie viele noch nicht fertiggestellte öffentlich geförderter Wohnungen oder Einfamilienhäuser liegen in Korschenbroich derzeit erteilte gültige Baugenehmigungen vor ?

SPD Stadtverband Korschenbroich,
Udo Bartsch, Maternusstr.51, 41352 Korschenbroich

4. Für wie viele Wohnungen/ Häuser besteht/ bestand in den Jahren 2012 bis zum 30.06.2017 ein Belegungsrecht der Stadt Korschenbroich und wie viele Objekte mit Belegungsrecht befinden sich im Besitz der Stadt Korschenbroich ? Gibt es in diesen Objekten der Stadt einen Sanierungsstau (mit Angabe der geschätzten notwendigen Mittel) und ist hierfür ein Sanierungskonzept vorhanden ?

5. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Vorschläge des Instituts InWIS bezüglich der in der Wohnungsmarktanalyse gemachten Vorschläge zur Gründung einer Kreiswohnungsgesellschaft ?

Die Fragen dienen zur Bewertung der vorliegenden Wohnungsmarktanalyse des Rhein-Kreises Neuss für Korschenbroich und der Vorbereitung der anstehenden Haushaltsberatungen, verbunden mit den weiteren Planungen in Korschenbroich.

Udo Bartsch
Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Korschenbroich